
1950/J XXVII. GP

Eingelangt am 12.05.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Herbert Kickl, Dr. Susanne Fürst
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Rechtsakte im Zusammenhang mit dem „Corona-Wahnsinn“**

Seitens der Bundesregierung wurden zur Bekämpfung von COVID-19 zahlreiche Rechtsakte gesetzt, die in keiner transparenten Form für die Öffentlichkeit nachzuvollziehen sind. So gibt es vor allem zahlreiche Erlässe, die nicht veröffentlicht sind. Aber auch bei den in diesem Zusammenhang beschlossenen Gesetzen gibt es keine transparente Darstellung, welches Ministerium für den Vollzug zuständig ist.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage

1. Welche Verordnungen oder Erlässe haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassen? (Auflistung nach Datum der Erstellung, Rechtskraftdatum, Datum der Auskraftsetzung, GZ und Betreff, sowie – falls öffentlich abrufbar – den Verweis auf den Text bzw. – falls nicht abrufbar – den Text als Anlage)
2. Ist Ihnen Kritik an möglicherweise verfassungs- und grundrechtswidrigen Verordnungen und Erlässen unter Ihrer Verantwortung bekannt?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, bezüglich welchem Rechtsakt?
 - c. Wenn ja, wann ist Ihnen diese bekannt geworden?
 - d. Wenn nein, warum nicht?
3. Gibt es in Ihrem Ressort ein Protokoll, wie mit dieser Kritik umgegangen werden soll?
 - a. Wenn ja, welche Schritte sieht dieses vor?
 - b. Wenn ja, werden Sie von etwaiger Kritik direkt informiert?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
4. Welche der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen oder Erlässe sind vermutlich rechtswidrig? (Bitte je Rechtsakt angeben)

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

5. Gegen welche Grund- und Verfassungsrechte verstoßen die von Ihnen erlassenen Rechtsakte? (Bitte je Rechtsakt angeben)
6. Zu welchem Zeitpunkt wurde Ihnen die Rechtswidrigkeit der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen und Gesetze bekannt? (Bitte je Rechtsakt angeben)
7. Ist eine Behebung der rechtswidrigen Rechtsakte geplant? (Bitte je nach Rechtsakt angeben)
 - a. Wenn ja, wann und in welcher Form?
8. Welche Experten waren in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)
9. Inwiefern war Ihr Koalitionspartner in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)
10. Welche externen Kosten (zB Beratungsleitungen) sind bei der Erstellung der Verordnungen und Erlässe angefallen? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)
11. Bei welchen Verordnungen und Erlässen wurde der Verfassungsdienst konsultiert? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)
12. Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?
13. Welche sonstigen Rechtsakte oder ähnliches (zB Rundbriefe, Informationsschreiben, Dienstanweisungen etc.) haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise erstellt? (Auflistung nach Datum und Betreff, sowie – falls öffentlich abrufbar – den Verweis auf den Text bzw. – falls nicht abrufbar – den Text als Anlage)
14. Welche Gesetze die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden, müssen Sie vollziehen? (Auflistung nach Datum Veröffentlichung, Betreff und Verweis auf das jeweilige Bundesgesetzblatt)
15. War Ihr Ressort bei der Textierung der jeweiligen Gesetze eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)
16. Hat Ihr Ressort bei jenen Gesetzen, bei denen es eingebunden war, den Verfassungsdienst konsultiert? (Auflistung nach Gesetz)
17. Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?
18. Bei welchen Gesetzen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden und für deren Vollzug Ihr Ressort nicht zuständig ist, war Ihr Ressort bei der Textierung eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)